

Antrag - Nr. StVV - AT 17/2017 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.06.2017		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Stopp des aktuellen Bebauungsverfahrens zum Gebiet um die Neue Aue (GRÜNE)

Um die Aufstellung der Bebauungspläne für das Gebiet um die „Neue Aue“ ist inzwischen eine weit reichende Auseinandersetzung zwischen der Koalition und dem Oberbürgermeister auf der einen Seite und der Initiative Meergestrüpp sowie weiteren Betroffenen und Aktiven aus dem Stadtteil Lehe andererseits entbrannt. Anders als zum Beispiel für das Gebiet Rudloffstraße hat der Magistrat das Verfahren zur Aufstellungen zweier Bebauungspläne eingeleitet, ohne zuvor in einen echten Dialog mit den betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu treten.

Das Gebiet um die Neue Aue wird nicht zu Unrecht auch „Leher Dschungel“ genannt. Hier gibt es einen vielfältigen zum Teil alten Baumbestand. Gerade die brach liegenden Flächen bieten vielen Insekten einen Lebensraum, wie es ihn in großen Städten nur noch selten gibt. Es gibt bislang keine hinreichenden Erkenntnisse über die diversen Pflanzen, Tiere und Insekten, die in dem fraglichen Gebiet leben. Fragen des Artenschutzes wurden im Rahmen bisheriger Planungen und Erkundungen nicht ernsthaft nachgegangen. Dabei gibt es zahlreiche auch rechtlich verbindliche Regelungen zum Schutz der Biodiversität und von Flora und Fauna, die eine Bebauung des Gebietes Neue Aue gegebenenfalls juristisch verhindern könnten (Vorgaben aus dem Europarecht wie die FFH-Richtlinie, das Bundesnaturschutzgesetz oder das bremische Naturschutzgesetz). Hier besteht also nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern selbst aufgrund planungsrechtlicher Sorgfalt noch ein großer Bedarf an weiterer Erkundung und Prüfung aus umweltfachlicher Sicht.

Gerade das Grabeland im Gebiet Neue Aue ist von den vom Magistrat bereits angenommenen Aufstellungsbeschlüssen, die am 14.6.2017 im Bau- und Umweltausschuss behandelt werden sollen, massiv betroffen. Über die Hälfte dieser Flächen sollen für eine Bebauung freigegeben werden. Das trifft viele Menschen, die im besonders dicht besiedelten Stadtteil Lehe leben, dort keine eigenen Gärten haben bzw. sich keine eigenen Gärten leisten können. Das Grabeland im Gebiet Neue Aue hat somit nicht nur eine große ökologische Bedeutung für die Stadt Bremerhaven, sondern ist zugleich ein wichtiges Moment der sozialen Gerechtigkeit in unserer Stadt. Die liebevoll gepflegten Gärten sind für viele Menschen kleine wohnortnahe und erschwingliche Oasen im Alltag.

Wenn das Areal Neue Aue in den Fokus der Stadtentwicklung genommen wird, muss dessen ökologischer und sozialer Wert sehr genau bemessen werden und es darf nicht über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg entschieden werden.

Aus diesen Gründen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung

1. spricht sich dafür aus, vor der Beratung eines Bebauungsplanes im Bereich der „Neuen Aue“ den Magistrat aufzufordern,

- A) eine ergebnisoffene, umfassende Bürgerbeteiligung unter Einbeziehung der anerkannten Naturschutzverbände zur Frage der Nutzung der Flächen im Gebiet der „neuen Aue“ durchzuführen und
- B) eine naturschutzfachliche Vorprüfung möglicher Bauvorhaben auf dem Gebiet der Neue Aue, die insbesondere die Vorgaben aus dem Europarecht, dem Bundesnaturschutzgesetz, dem bremischen Naturschutzgesetz sowie die hierzu ergangenen Richtlinien zugrunde legt, durchzuführen.

2. beschließt daher, die folgenden Vorhaben, vorbehaltlich der Erledigung der Ziff. 1, abzulehnen:

- A) Einleitung eines Verfahrens zur 18. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Gaußstraße (Aufstellungsbeschluss),
- B) Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich westlich der Gaußstraße – Bebauungsplan Nr. 478 „Gaußstraße“ (Aufstellungsbeschluss),
- C) Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Clausewitzstraße / Karlsbader Straße – Bebauungsplan Nr. 479 "Karlsbader Straße" (Aufstellungsbeschluss)

3. fordert den Magistrat auf, der Stadtverordnetenversammlung alternative Vorschläge für Wohnbaugebiete im Stadtgebiet zu machen, deren Ausbau möglichst wenig Grünflächen benötigen würde.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez. Claudius Kaminiarz
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN